

Kinder / Jugend / Familie

Rat ö 13.03.2012

Fachkräftemangel Erzieher / -innen (CDU-Fraktion

Beratungsverlauf:

Frau Westermann begründet den Antrag namens der CDU-Fraktion. Sie legt dar, dass es im dritten Satz des Antrages als letztes Wort „vorgestellt“ heißen müsse. Sie hebt die Bedeutung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für eine familienfreundliche Stadt hervor und verweist auf die bildungspolitische Bedeutung von Krippen und Kindertagesstätten. Ferner verweist sie auf den seit einigen Jahren bestehenden Rechtsanspruch auf Kinderbetreuungsplätze. Sie verweist auf Annahmen der kommunalen Spitzenverbände, wonach Städte der Größenordnung Osnabrücks einen Platzbedarf von 60 % haben, um entsprechende Unterbringungswünsche der Eltern zu befriedigen. Daneben verweist sie auf die Bedeutung der Qualitätssicherung und Entwicklung der entsprechenden Ausbildungsgänge. Sie skizziert einen bereits jetzt festzustellenden Erziehermangel in manchen Regionen und verweist auf vereinzelte Personalkampagnen anderer Städte. Vor diesem Hintergrund bittet sie um Zustimmung zu dem vorliegenden Antrag der CDU, auf dessen Grundlage dem Jugendhilfeausschuss die derzeitige Situation in Osnabrück dargestellt werden solle. In dem schriftlich vorliegenden Änderungsantrag der Zählgemeinschaft SPD/Bündnis 90/Die Grünen sieht sie lediglich eine sprachliche Abwandlung des Inhaltes des Ursprungsantrages.

Herr Sommer unterbreitet namens der Zählgemeinschaft SPD/Bündnis 90/Die Grünen den folgenden Änderungsantrag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den ansässigen Fachschulen und Arbeitgebern im Kita- und Krippenbereich Gespräche zugunsten konkreter Maßnahmen zu führen, die
 - in Form von Informationen nachvollziehbar darstellen, wie sich der zu erwartende Fachkräftemangel auf die Kitaversorgung in Osnabrück auswirken wird.
 - Ideen und Maßnahmen beinhalten, um ausgebildete Erzieherinnen zum Verbleib in ihrem Beruf zu bewegen, deren Berufsbild positiv zu beeinflussen sowie nicht zuletzt ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern, um vermehrt junge Menschen zu motivieren, eine Ausbildung in diesem Beruf anzustreben.

2. Die Ergebnisse der Gespräche sind dem Jugendhilfeausschuss vorzustellen.“

Herr Sommer begründet den Antrag namens der SPD-Fraktion und legt dar, dass hinsichtlich der Fachkräfteversorgung Osnabrück aufgrund der Ansiedlung der einschlägigen Fachschulen gut aufgestellt sei; in Anbetracht des schwierigen Berufsbildes müsse jedoch festgestellt werden, dass Ausbildungsabsolventen nach Beendigung der Ausbildung den Beruf häufig verlassen. Der Antrag der Zählgemeinschaft zielt darauf ab, Vorschläge zu entwickeln, wie die Berufsinhalte attraktiver gestaltet werden können; er sieht in dem Antragsinhalt eine Weiterentwicklung des Ursprungsantrages.

Herr Cheeseman erläutert namens der Fraktion Die Linken, dass die unzureichende Bezahlung und die häufige stundenmäßige Befristung der Arbeitsverhältnisse für Erzieher/innen für einen sich abzeichnenden Fachkräftemangel ausschlaggebend seien und spricht sich ebenfalls dafür aus, die Attraktivität des Berufsbildes zu verbessern.

Herr Mierke sieht ebenfalls Handlungsbedarf für die Berufsumstände von Erzieher/innen und bedauert, dass die Stadt lediglich für eigene Einrichtungen Verbesserungen anstreben könne.

Frau Strangmann legt namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dar, dass die Gründe eines möglichen Fachkräftemangels an Erziehern/innen nicht in der Ausbildung, sondern in den Umständen der Berufsausübung liegen; sie kritisiert die zu geringe Bezahlung des Fachpersonals und verweist in diesem Zusammenhang auf den eklatanten Mangel an männlichen Erziehern.

Frau Westermann widerspricht den vorgetragenen Argumenten zur Annahme des Änderungsantrages und verweist auf die bereits mehrfache Problematisierung im Jugendhilfeausschuss. Sie warnt davor, das Berufsbild des Erziehers schlecht zu reden.

Herr Ratsvorsitzender Thöle stellt ein Meinungsbild zum weiteren Vorgehen her; aufgrund dessen führt er eine Beschlussfassung über die Verweisung beider vorliegenden Anträge in den Jugendhilfeausschuss wie folgt herbei:

Abweichender Beschluss:

a) Ursprungsantrag der CDU-Fraktion

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Jugendhilfeausschuss in einer seiner nächsten Sitzungen darzustellen, inwieweit sich ein Fachkräftemangel an Erzieher / -innen in Osnabrück abzeichnet. Die Darstellung soll das Verhältnis ausgeschriebener Erzieherstellen sowohl im städtischen Bereich als auch der Kindertagesstätten freier Träger zu den Bewerberzahlen erfassen.

Mit den ansässigen Fachschulen sollen ferner Gespräche über die Entwicklungen der Schülerzahlen erfolgen. Die Ergebnisse werden dem Jugendhilfeausschuss darüber hinaus als Diskussionsgrundlage aufzuzeigen, welche Überlegungen bzw. Möglichkeiten es seitens der Verwaltung gibt, um Maßnahmen oder Kampagnen zu starten, die einem zukünftigen Personalmangel entgegenwirken könnten.

b) Änderungsantrag der Zählgemeinschaft SPD/Bündnis 90/Die Grünen

1. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den ansässigen Fachschulen und Arbeitgebern im Kita- und Krippenbereich Gespräche zugunsten konkreter Maßnahmen zu führen, die

- in Form von Informationen nachvollziehbar darstellen, wie sich der zu erwartende Fachkräftemangel auf die Kitaversorgung in Osnabrück auswirken wird.
- Ideen und Maßnahmen beinhalten, um ausgebildete Erzieherinnen zum Verbleib in ihrem Beruf zu bewegen, deren Berufsbild positiv zu beeinflussen sowie nicht zuletzt ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern, um vermehrt junge Menschen zu motivieren, eine Ausbildung in diesem Beruf anzustreben.

2. Die Ergebnisse der Gespräche sind dem Jugendhilfeausschuss vorzustellen.“

Die vorstehenden Beschlüsse werden zur weiteren Beratung in den Jugendhilfeausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Der abweichende Beschluss wird einstimmig angenommen.